<RepeatBlock-Amend><Amend><Date>{05/11/2020}5.11.2020</Date> <ANo>A9-0206</ANo>/<NumAm>22</NumAm>

Änderungsantrag <NumAm>22</NumAm>

<RepeatBlock-By><By><Members>Manon Aubry</Members>

<AuNomDe>{GUE/NGL}im Namen der GUE/NGL-Fraktion</AuNomDe>

</By></RepeatBlock-By>

<TitreType>Bericht</TitreType> A9-0206/2020

<Rapporteur>Pierre Larrouturou, Olivier Chastel</Rapporteur>

<Titre>Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2021 – alle Einzelpläne</Titre>

<DocRef>(2020/1998(BUD))</DocRef>

<DocAmend>Entschließungsantrag</DocAmend>

<Article>Ziffer 39</Article>

|  |  |
| --- | --- |
|  | |
| Entschließungsantrag | Geänderter Text |
| 39. bedauert zutiefst, dass die Kommission der Forderung des Parlaments nach einer umfassenden Überprüfung der Haushaltslinie für Multimedia-Maßnahmen, insbesondere in Bezug auf den Rahmenvertrag mit Euronews, immer noch nicht nachgekommen ist; beschließt, die zugewiesenen Mittel in die Reserve einzustellen, bis die Kommission auf die Bedenken des Rechnungshofs eingegangen ist; weist jedoch darauf hin, dass der Rechnungshof bei der Erfüllung der vertraglichen Berichtspflichten durch Euronews im derzeitigen Rahmen keine Mängel festgestellt hat | 39. bedauert zutiefst, dass die Kommission der Forderung des Parlaments nach einer umfassenden Überprüfung der Haushaltslinie für Multimedia-Maßnahmen, insbesondere in Bezug auf den Rahmenvertrag mit Euronews, immer noch nicht nachgekommen ist; beschließt, die zugewiesenen Mittel in die Reserve einzustellen, bis die Kommission auf die Bedenken des Rechnungshofs eingegangen ist; weist jedoch darauf hin, dass der Rechnungshof bei der Erfüllung der vertraglichen Berichtspflichten durch Euronews im derzeitigen Rahmen keine Mängel festgestellt hat; ***bekräftigt seine Unterstützung für die Verbreitung unparteiischer Informationen über Angelegenheiten der Union; stellt fest, dass Euronews in 67 % der Haushalte in der Union und im Vereinigten Königreich zu empfangen ist und Millionen von Europäern täglich mit Informationen über EU-Angelegenheiten erreicht; stellt ferner fest, dass in der kürzlich durchgeführten unabhängigen „Wirtschaftlichkeitsprüfung von Maßnahmen, die über die Haushaltslinie für Multimedia-Aktionen finanziert werden“ darauf hingewiesen wird, dass die „De-facto-Monopolstellung“ von Euronews darauf zurückzuführen sei, dass der Sender sowohl in seiner von der Union finanzierten als auch in der nicht von der Union finanzierten Berichterstattung eine starke europäische und grenzüberschreitende Perspektive habe, sowie auf seine große Anzahl von Sprachen, seine Publikumsreichweite und sein digitales Profil in vielen europäischen Ländern; betont daher, welche gravierenden Folgen es hätte, die für Euronews bereitgestellten Haushaltsmittel in die Reserve einzustellen, und fordert alle Parteien auf, zusammenzuarbeiten, um diese Situation um jeden Preis zu verhindern;*** |

Or. <Original>{EN}en</Original>

</Amend>

</RepeatBlock-Amend>